

Antiserbischer Mythos

von Werner Pirker

»Das Pokern haben sie gelernt«, kommentiert Norbert Mappus-Niedeck im Freitag den Amtsantritt der neuen serbischen Regierung. Der Ton könnte verächtlicher nicht sein. Es ist der Ton des Kolonialverwalters, der seine »Schlawiner« kennt, bzw. zu kennen meint. Und ihnen zu verstehen gibt, daß alles Tricksen vergeblich ist. »Die Geister aus der Vergangenheit, könnte man meinen, sind alle wieder versammelt«, ist der vorgebliche Balkanexperte um Gänsehautstimmung bemüht: »Der neue serbische Premier Ivica Dacic war einst Slobodan Milosevics Regierungssprecher, der neue Präsident Tomislav Nikolic zur gleichen Zeit stellvertretender Ministerpräsident. Wenn Nikolic seinerzeit an seinem Chef etwas auszusetzen hatte, dann höchstens, daß er nicht klar genug für ein großes Serbien eintrat.« Mappus-Niedeck sollte eigentlich wissen, daß Slobodan Milosevic zu keinem Zeitpunkt, weder klar noch unklar, als Fürsprecher des großserbischen Chauvinismus aufgetreten ist. Das mußte auch die Anklage in Den Haag, die von der Behauptung einer von Milosevic angeführten großserbischen Aggression ausging, ohne dafür auch nur die Spur eines Beweises vorlegen zu können, zur Kenntnis nehmen. Für den Freitag-Autor noch lange kein Grund, von diesem antiserbischen Mythos Abschied zu nehmen.

So ideologisch verbohrte ist Mappus-Niedeck dann doch wieder nicht, daß er in der neuen Regierungskoalition eine Wiederkehr der Milosevic-Ära sehen würde. »Wer nach Kontinuität in der Politik oder der Ideologie sucht, geht in die Irre«, schreibt er. Um sich sodann einer besonders perfiden Methode der Diskreditierung Milosevics zu bedienen. »Schon Milosevic und die Mächtigen seiner Ära«, schreibt er, »hatten keinen Geist und keinen Plan. Sie haben immer nur reagiert und ihre Hilflosigkeit mit starken Sprüchen bemäntelt.« Es war wohl auch nicht so einfach, einen Plan gegen den von außen massiv beförderten Zerfall Jugoslawiens zu entwickeln. Milosevic und den »Mächtigen seiner Ära« ist angesichts der secessionistischen Aggression nur noch die Möglichkeit geblieben, die jugoslawische Idee – nationale Unabhängigkeit, Blockfreiheit und soziale Gerechtigkeit – auf dem Territorium der beiden Teilrepubliken Serbien und Montenegro am Leben zu erhalten. Daß ihnen das so lange gelungen ist, kann getrost als historische Leistung vermerkt werden.

Ivica Dacic, Milosevics Nachfolger als sozialistischer Parteichef, fühlt sich an die jugoslawischen Werte längst nicht mehr gebunden. Das wurde spätestens vor vier Jahren klar, als er die Teilnahme an einer Regierung der patriotischen Mehrheit aus Seseljs Radikalen, Kosturicas Demokratischer Partei Serbiens und Sozialisten ausschlug und gemeinsam mit den Neoliberalen ein Kabinett des nationalen Ausverkaufs bildete. Und auch die nun gebildete Regierung der angeblichen Geister aus der Vergangenheit hat die Unterwerfung Serbiens unter das EU-Diktat zur wichtigsten Geschäftsgrundlage.

Das weiß der Freitag-Autor auch, dem es spürbar Vergnügen bereitet, Serbien im Netz der EU zappeln zu sehen. »Serbien braucht dringend Geld«, schreibt er, »und das kann nur vom Internationalen Währungsfonds oder der EU kommen. Beide stellen Bedingungen, die es Dacic unmöglich machen werden, Keynesianer zu bleiben und Investitionen zu fördern. Ein wenig pokern ist alles, was ihm zu Gebote steht.« Mit Genugtuung merkt Mappus-Niedeck an, daß gleich das erste Blatt des Belgrader Spielers nicht gestochen habe. »Als er für seine Regierung den Zugriff auf die Nationalbank, ihre Entscheidungen und Devisen beanspruchte, hob Brüssel sofort warnend den Finger.« Lang ist es her, daß Slobodan Milosevic einen IWF-Kredit zur Ausbezahlung von Gehältern für Staatsbedienstete verwendete, was Anhänger der monetaristischen Schule als den größten Bankraub in der Geschichte bezeichneten.

Hämisch vermerkt der Autor, daß Sozialisten und Nationalisten, um bei Brüssel nicht anzuecken, die Europa- und Außenpolitik den Liberalen der Vereinigten Regionen überlassen haben. »Daß irgendjemand auf das Doppelspiel von europafreundlichen Liberalen und stumpfen Provinzpotentaten hereinfällt, steht nicht zu erwarten«, meint Mappus-Niedeck, ganz eingebetteter Journalist, um die Hoffnungslosigkeit Belgrader Bemühungen, sich mit Bauernschläue die Gunst der EU-Granden zu erschleichen. Doch ohne völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo durch Serbien laufe gar nichts. »Lenkt die serbische Regierung nicht ein, hat sie Pech gehabt«, huldigt der Autor dem Sozialdarwinismus unter den Nationen. Den Letzten beißen bekanntlich die Hunde.

junge Welt, 18.08.2012

<http://www.jungewelt.de/2012/08-18/003.php>